«Mehr Auswahl heisst nicht mehr Freiheit»

Die renommierte Politikphilosophin Lea Ypi hält heute Montag an der Universität Freiburg einen öffentlichen Vortrag darüber, wie der Kapitalismus Freiheit und Demokratie untergräbt.

Fabian Strässle

Freiburg Kaum ein Begriff ist in der Politik so allgegenwärtig und zugleich so umstritten wie Freiheit. Lea Ypi ist im kommunistischen Albanien aufgewachsen und hat sich später intensiv mit dem Kapitalismus beschäftigt. In beiden Systemen

HÖRSAAL

sieht sie das Freiheitsversprechen uneingelöst. Die Professorin der London School of Economics zählt zu den profiliertesten politischen Philosophinnen der Gegenwart und hält am Montagabend einen öffentlichen Vortrag an der Universität Freiburg. Im Interview erklärt sie, weshalb sie zwischen blosser Wahlmöglichkeit und tatsächlicher Handlungsfähigkeit unterscheidet.



Lea Ypi ist Professorin für Politik und Philosophie an der London School of Economics. Bild: Keystone

Lea Ypi, Ihr Vortrag in Freiburg heisst «Wie der Kapitalismus die Freiheit untergräbt». Viele verbinden Kapitalismus gerade mit Freiheit. Was übersehen sie?
Um das zu beantworten, muss ich etwas ausholen. Weltweit erleben wir einen politischen Rechtsruck. Seine eigentliche Ursache sehe ich in einer doppelten Krise: im schwindenden Vertrauen in die liberale Demokratie und in den Folgen der kapitalistischen Globalisierung. Wir brauchen deshalb eine andere Art des Denkens über die Zukunft. Aber wir dürfen Alternativen zum Kapitalismus nicht nur als politisches Projekt begreifen. Wir müssen tiefer gehen und klären, was Freiheit eigentlich bedeutet.

Und was bedeutet sie?
Freiheit bedeutet für mich, selbst beurteilen zu können, was richtig ist, und danach zu handeln. Sie ist deshalb eng mit moralischer Verantwortung verbunden. Dabei müssen wir zwischen blosser Wahlmöglichkeit und echter Handlungsfähigkeit unterscheiden. Entscheidend ist nicht nur, ob wir wählen können, sondern auch, unter welchen Bedingungen – und welche Folgen unsere Entscheidungen für andere Menschen haben.

> «Wir müssen tiefer gehen und klären, was Freiheit eigentlich bedeutet.»
>
> **Lea Ypi**
> politische Philosophin,
> London School of Economics

Der Kapitalismus schränkt diese Handlungsfähigkeit ein?
Ja, der Kapitalismus erweitert unsere Wahlmöglichkeiten, nicht aber unsere Handlungsfähigkeit. Er bietet unzählige Produkte, blendet jedoch aus, wie und unter welchen Bedingungen sie hergestellt werden. Auch die Folgen für andere Menschen spielen keine Rolle. Kurz: Mehr Auswahl bedeutet nicht mehr Freiheit.

Ein Beispiel?
Nehmen wir die Bewegungsfreiheit. Politiker wie beispielsweise Donald Trump stellen eine unerlaubte Einreise als freie Entscheidung dar: Warum wartet jemand nicht auf ein Visum? Dabei blenden sie aus, dass wirtschaftliche, politische und persönliche Umstände den Handlungsspielraum dieser Menschen stark einschränken können.

Das ist doch faktisch eine Wahl.
Ja, formal. Doch eine Wahl ist nur bedeutungsvoll, wenn das zugrunde liegende Regelwerk gerecht ist. Unsere Bedingungen hängen nicht allein von uns ab. Wir sind abhängig vom Markt, von geopolitischen Verhältnissen und von Strukturen, die wir nicht selbst gewählt haben. Der Kapitalismus entzieht uns damit die Kontrolle darüber, wie Ressourcen verteilt und Güter produziert werden.

Hat das System diese Einschränkung bewusst eingebaut?
Nein, niemand plant das so. Doch der Kapitalismus folgt einem einzigen Imperativ: Profit zu erwirtschaften. Welche Folgen das hat, wen es trifft und welche Entscheidungen es ermöglicht oder verhindert, ist zweitrangig. Das System treibt uns zum Investieren und Akkumulieren, ohne nach dem Zweck zu fragen. Der Kapitalismus fragt nie nach dem Warum.

Das klingt nach einem unsichtbaren Gefängnis.
Vielleicht. Wir erben dieses System, weil wir darin geboren werden. Es prägt die globalisierte Wirtschaft, in der wir leben. Sie öffnen Ihr Telefon und sehen diese blinkenden Icons. Dahinter stehen private Unternehmen, die nach Profit streben und dabei zunehmend unseren gesamten Alltag organisieren. Alles, was wir sagen und tun, geschieht innerhalb dieser Struktur.

Kann eine Gesellschaft überhaupt demokratisch sein, wenn wirtschaftliche Grundentscheide ausserhalb ihrer Kontrolle liegen?
Das ist der Kern der Sache. Es gibt das Ideal der Demokratie und ihre institutionelle Realität. Das Ideal besagt: Gesetze sind demokratisch legitim, wenn die Menschen, für die sie gelten, an ihrer Entstehung mitwirken können. Fehlt diese Möglichkeit, erleben sie das Gesetz nur als Zwang. In der wirtschaftlichen Realität des Kapitalismus stösst dieses Ideal jedoch an Grenzen.

Weil die Wirtschaft mächtiger ist als die Politik?
Die Kräfte des globalen Kapitalismus lassen sich auf nationaler Ebene kaum einfangen. Ein Oligarch wird niedrige Löhne mit dem Wettbewerbsdruck auf dem Weltmarkt rechtfertigen. Dieser treibt Unternehmen dazu, politische Regeln zu umgehen, und untergräbt damit die demokratische Mitbestimmung. Das widerspricht dem demokratischen Anspruch, dass Menschen die Regeln mitbestimmen können, denen sie unterworfen sind. Heute erleben wir einen aggressiveren Kapitalismus, während die Demokratie zugleich an Substanz verliert.

Brauchen wir also wieder Wohlfahrtsstaaten und Gewerkschaften wie in der Nachkriegszeit?
Soziale Absicherung und starke Arbeitnehmervertretungen bleiben wichtig. Eine Rückkehr zur Sozialdemokratie des 20. Jahrhunderts wäre jedoch keine dauerhafte Lösung, weil sie an den Nationalstaat gebunden blieb und mit der Globalisierung des Kapitals nicht Schritt halten konnte. Statt das alte Modell zu wiederholen, brauchen wir starke internationale Institutionen wie die UNO, die staatliches Handeln koordinieren, die Mobilität des Kapitals regulieren und Arbeitnehmerrechte grenzüberschreitend durchsetzen. Langfristig kann die Antwort nur global sein.

Die Schweiz stimmt öfter ab als fast jedes andere Land. Viel Wahlmöglichkeit, aber wie viel Handlungsfähigkeit?
Ich schätze das Modell der direkten Demokratie sehr. Es ist wichtig, Bürgerinnen und Bürger regelmässig nach ihrer Meinung zu fragen. Auch wenn dieser Mechanismus unvollkommen ist und innerhalb eines kapitalistischen Rahmens stattfindet, hat das Abstimmen einen eigenen Wert. Es ist eine ständige Form politischer Bildung. Davon könnten auch andere Gesellschaften lernen.

Bald stimmt die Schweiz über ihr Verhältnis zur EU ab. Was raten Sie?
Ich will die EU in ihrer jetzigen Form nicht unkritisch verteidigen. Entscheidend ist, ob ihr Rechtsrahmen der Schweiz hilft, die Macht des Kapitals wirksamer zu begrenzen. Gelingt dies mit nationalen Gesetzen besser, könnte eine Annäherung politische Handlungsfähigkeit kosten; ermöglicht das EU-Recht wirksamere Regeln, wäre sie sinnvoll.

In Ihrem aktuellen Buchprojekt entwickeln Sie die Idee eines «moralischen Sozialismus». Was verstehen Sie darunter?
Einen Sozialismus, der nicht nur seine Ziele, sondern auch seine Mittel moralisch beurteilt. Anders als Teile des traditionellen Marxismus lehnt er die Vorstellung ab, ein richtiges Ziel rechtfertige problematische Mittel. Er soll aus dem Scheitern von nationaler Sozialdemokratie, Staatssozialismus und globalem Kapitalismus lernen, statt eines dieser Modelle wiederzubeleben. Mein Slogan lautet: «Sozialismus ist Liberalismus minus Kapitalismus.»

«How Capitalism Undermines Freedom» – Öffentliche Vorlesung
Miséricorde 3, Auditorium A, Avenue de l'Europe 20, Freiburg. Montag, 16. November, 16.15 bis 18 Uhr. Weitere Informationen: www.events.unifr.ch

Data Center von Infomaniak und Gruyère Energie

Der Cloud-Anbieter Infomaniak plant gemeinsam mit Gruyère Energie für 2028 ein neues Rechenzentrum in Bulle.

Georges Wyrsch

Bulle Der Schweizer Cloud-Anbieter Infomaniak und Gruyère Energie haben am Freitag in Bulle ein gemeinsames Rechenzentrum zur öffentlichen Planauflage eingereicht.

Die Anlage soll 2028 in Betrieb gehen und über 170 Server-Racks und eine IT-Leistung von 2,5 Megawatt verfügen. Mit einer Rechenleistung von 2,5 Megawatt soll sie doppelt so leistungsstark sein wie das bisherige Infomaniak-Rechenzentrum in Genf.



So soll in der Industriezone von Bulle das künftige Rechenzentrum (Mitte) aussehen. Bild: zvg

«Das Projekt bleibt überschaubar», betont Infomaniak in seiner Mitteilung.

Eine Besonderheit des Projekts: Die von den Servern erzeugte Wärme soll vollständig ins Fernwärmenetz von Gruyère Energie eingespeist werden – und so jährlich bis zu 7500 Tonnen CO_2 einsparen.

Rund 1200 Quadratmeter Grundfläche

«Das Rechenzentrum in Bulle übernimmt das Prinzip des D4, das 2025 in Genf eröffnet wurde und 2026 den Green Business Award erhielt», schreibt der Anbieter in einer Mitteilung. «In Bulle geht Infomaniak einen Schritt weiter und setzt für die Rechen- und KI-Server auf eine Flüssigkeitskühlung im geschlossenen Kreislauf, welche die Wärmerückgewinnung effizienter machen soll.»

Das Gebäude wird in der Industriezone von Bulle rund 1200 m^2 Grundfläche beanspruchen. Dies entspricht rund einem Viertel eines Fussballfeldes.